



Transferkonferenz Süd

Wege zur Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft vor Ort

Erfahrungstransfer 2010

**Zusammenfassung der
Ergebnisse der 17 Themen-
tische beim World-Café**

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



JUGEND-
STIFTUNG
BADEN-
WÜRTTEMBERG

Transferkonferenz Süd 5. Oktober 2010

Wege zur Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft vor Ort

Am 5. Oktober 2010 haben sich Aktive aus den Bundesprogrammen „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ sowie weitere Interessierte aus Baden-Württemberg, Bayern und dem Saarland in Ulm zum Erfahrungstransfer getroffen.

Unter den über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern befanden sich erfahrene Akteure Lokaler Aktionspläne oder von Modellprojekten, Beraterinnen und Berater der drei Landesberatungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus genauso wie Vertreterinnen und Vertreter von Migrant*innenorganisationen, Kommunalvertreter, Neueinsteiger ins Bundesprogramm, Lehrkräfte und Mitarbeitende der außerschulischen Jugendbildung.

Veranstalter der Transferkonferenz Süd war die Jugendstiftung Baden-Württemberg.

Neben einem Rückblick auf die letzten vier Jahre durch Frau Fasholz vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurden Informationen zur Fortführung in der gemeinsamen Programmlinie "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" ab 2011 gegeben und die neue Regiestelle vorgestellt..



Alle Informationen zum neuen Interessensbekundungsverfahren für Lokale Aktionspläne und Modellprojekte finden Sie auf www.toleranzfoerdern.de.

Eine Übersicht über die 90 Lokalen Aktionspläne und 89 themenbezogenen Modellprojekte der letzten vier Jahre bietet www.vielfalt-tut-gut.de.

Die Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus werden auf www.kompetent-fuer-demokratie.de vorgestellt.

Nach der Mittagspause standen 17 Thementische zur Verfügung, die viel Raum und Gesprächsstoff zum Austausch geboten haben. Nach der Methode des Word-Cafés konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer jeweils drei Tische besuchen. Begrüßt wurden Sie dort von Tischgeberinnen und Tischgebern, die ins Thema eingeführt und das Gespräch moderiert haben. Zusätzlich dazu haben sie die wichtigsten Gedanken und Ergebnisse an ihrem Tisch zusammengefasst. Diese Kurzfassungen finden Sie auf den nachfolgenden Seiten zum Nachlesen. An dieser Stelle möchten wir uns bei den Tischgeberinnen und Tischgebern, aber auch bei allen Teilnehmern herzlich für die vielen guten Gespräche und den Erfahrungsaustausch bedanken. Nicht nur der thematische Blick über das eigene Projekt hinaus, sondern auch über Regionen und Landesgrenzen war für alle sehr fruchtbar und anregend.

Ihre Jugendstiftung-Baden-Württemberg



Zusammenfassung der wichtigsten Diskussionslinien und Ergebnisse an den 17 Thementischen beim World-Café der Transferkonferenz Süd am 5.10.2010:

Tisch 1: Lokaler Aktionsplan: Zusammenspiel von federführendem Amt, Ämternetzwerk und der Koordinierungsstelle

Tischgeberin: Ulrike Haas

Referat Kinder und Jugend der Stadt Göppingen, federführendes Amt und Koordinierungsstelle LAP Göppingen (www.vielfalt-in-goepplingen.de)



Der Begleitausschuss als zentrales Steuerungselement:

Das Tableau der Steuerungs- und Strukturelemente wird mit dem Begleitausschuss komplettiert. Der Begleitausschuss, in dem in der Regel das Ämternetzwerk mitwirkt, ist das Herzstück der Struktur des Instruments Lokaler Aktionsplan. Die Aufgaben des Begleitausschusses liegen vor allem im Vorbereiten und Erstellen des LAP (in Kooperation mit der Koordinierungsstelle und dem Ämternetzwerk), der Auswahl der Einzelprojekte (nach Aufruf; empfohlen wird Beschlussfassung vor Weihnachten), Fortschreibung des LAPs. Die Geschäftsführung liegt in der Regel bei der Koordinierungsstelle. Die Diskutanten empfehlen eine Geschäftsordnung in der ersten Sitzung zu verabschieden. Im Begleitausschuss –je nachdem ob das LAP- Gebiet ein Landkreis oder eine Stadt ist– sitzen neben den Vertretern des Ämternetzwerks weitere zivilgesellschaftliche Akteure (JGR, Migrantenorganisationen, Schule, SMVen, SJR ...) und in vielen Fällen auch Gemeinde- oder Kreisräte. Die Frage, ob die Politik im Begleitausschuss beteiligt wird, wird vor Ort unterschiedlich gehandhabt. Im LAP Göppingen waren die Erfahrungen mit der Beteiligung der Vertreter der Fraktionen in Göppingen durchweg positiv. Es konnte eine gemeinsame Problemsicht hergestellt

werden, in regelmäßigen Gesprächsplattformen wird eine Meinung gebildet und die Politik weiter „qualifiziert“.

Worauf ist beim Zusammenspiel der Strukturelemente des LAPs zu achten?

Die Voraussetzung für ein gelungenes Miteinander ist die gegenseitige Information. Die Koordinierungsstelle hat hier die Aufgabe zu vernetzen, zu bündeln, Infos bereitzustellen, aufzuarbeiten und zu transportieren. Sie kann dazu eine Datenbank für alle Programmbeteiligten aufbauen.

Die Frage ist, ob die **Koordinierungsstelle** intern (innerhalb der Verwaltung) oder extern (bei einem Träger) angesiedelt werden soll. Die interne Koordinierungsstelle hat Vorteile in kurzen Wegen zur Verwaltungsspitze, Politik und in andere unterschiedliche Verwaltungsbereiche, die externe Koordinierungsstelle ist demgegenüber oft „näher am“ Einzelprojekträger und den Zielgruppen“.

Im Unterschied zur Stadt muss das LAP- Gebiet „Landkreis“ die Fragen klären, wie denn einzelne Kommunen erreicht und beteiligt werden, und ob diese bspw. im Begleitausschuss vertreten sind.

Die **politische Legitimierung** ist im Zusammenspiel der Akteure immer wieder zu betonen und zu erneuern. Dazu gehört eine regelmäßige Berichterstattung in den Gremien von Stadt und Landkreis.

Tisch 2: Lokaler Aktionsplan Bestandsaufnahme: Situations-, Problem- und Zielgruppenanalyse

Tischgeberin: Dr. Katja Kruse

Regionalverband Saarbrücken, Jugendamt, LAP Regionalverband Saarbücken
(www.regionalverband-saarbruecken.de)

Die einleitende Frage zielte auf Methoden und Instrumente zur Bedarfsermittlung und Situationsanalyse ab, da diese die Grundlage eines LAPs bilden. Die Teilnehmer gingen hier ganz unterschiedlich vor. Diejenigen, die Mittel zu Vorbereitung eines LAP erhielten, haben Studien in Auftrag gegeben und planen Open Space-Veranstaltungen, während diejenigen, die die Antragstellung ohne finanzielle Unterstützung zu bewerkstelligen haben bzw. hatten, auf bereits vorhandene Daten und eigene Recherche zurückgreifen müssen. Während der Diskussion wurde der Umfang der Bedarfsermittlung durchaus kritisch gesehen. „Man braucht das Programm nicht, um einen Bedarf festzustellen, sondern man beantragt, weil man einen Bedarf sieht.“, so einer der Teilnehmer. Gearbeitet wird in der Regel mit leitfadengestützten Interviews und Fragebogen. Die Ergebnisse sollen unter anderem Bausteine zur Ableitung von Förderkriterien für die Einzelprojekte im LAP liefern.

Als nachhaltige Ziele des LAP wurden vor allem die Implementierung eines öffentlichen Diskurses sowie der Aufbau einer vernetzten Struktur genannt. Auch hier ist es wichtig auf bereits bestehende Netzwerke zuzugehen und Schlüsselpersonen zu diesen Netzwerken einzubinden, wie z.B. die kommunalen Integrationsbeauftragten.

Herr Fehrle vom Bundesamt für Zivildienst, der einer der Gesprächsteilnehmer war, bat die Runde Anregungen und Probleme, die bei der Umsetzung des Programms

auftauchen, direkt an die Regiestelle weiterzuleiten. Als erster Kritikpunkt wurde die kurzfristige Antragstellung genannt, die mit den scheinbar hohen Erwartungen an die Qualität z.B. der Bedarfsermittlung kollidiert. Alle Teilnehmer der Gesprächsrunde wünschten sich hier eine „Harmonisierung der zeitlichen Abläufe“.

In der zweiten Runde wurde hauptsächlich über die Arbeit der Begleitausschüsse diskutiert. Die Teilnehmer/innen stellten fest, dass in jedem LAP eine ganz unterschiedliche Zusammensetzung der Ausschüsse existiert und dass sie sehr unterschiedlich arbeiten. Hervorgehoben wurde, dass auch die Begleitausschüsse integrierende Funktion haben können, indem sie verschiedenen Gruppen z.B. Jugendliche und Senioren, etablierte große und kleine Projektträger zur Zusammenarbeit führen können.



Tisch 3: Beteiligung von Migrantenorganisationen in Projekte vor Ort

Tischgeber: Nicolai Magal und Tatjana Cybaeva
Landmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.

Für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund und mit Migrantenorganisationen sind die Themeninhalte der Projekte (hier vor allem der Lebensweltbezug) und die Einbeziehung der Eltern in der Schulen wichtig. Die Teilnehmer brachten unterschiedliche Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Spät-Aussiedlern mit. Die Integrationsbemühungen der Volksdeutschen aus den Gebieten

von ehemaliger Sowjetunion wurden einerseits positiv bewertet, andererseits wurde die Gefahr der Entstehung einer Parallelgesellschaft angesprochen. Die Integration von jungen Spät-Aussiedler hängt stark mit der Sozialarbeit in der Schulen zusammen. Wichtig ist es hier, Aufspaltungen in ethnische Gruppen und ethnisierten Konflikten entgegenzuwirken. Die Interkulturelle Öffnung der Schule im Sinne der Weiterbildung des Lehrpersonals und der zuständigen Behörden vom Schulamt in Interkultureller Kompetenz wird als eine unverzichtbare Voraussetzung für erfolgreiche Integrationsarbeit an der Schule gesehen.

Einigkeit bestand darüber, dass die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund und von Migrantenorganisationen in regionale Projekte, kommunale Netzwerke und Gremien nicht nur eine Voraussetzung für die erfolgreiche Organisation und Durchführung von Projekten vor Ort ist, sondern der Arbeit eine andere Qualität gibt und neue Sichtweisen auf Probleme ermöglicht. Die Entdeckung und Entfaltung von Potenzial, das Menschen mit Migrationshintergrund mitbringen, ist eine wichtige Aufgabe für gemeinnützige Projekte und LAPs. Die Migrationserfahrungen von Erwachsenen und die Zweisprachigkeit von Kinder und Jugendlichen stellen bedeutsame gemeinnützige Ressourcen dar.

Beide Diskussionsrunden waren interessant, spannend, informativ und abwechslungsreich. Sie haben gezeigt, dass die Akteure vor Ort großen Wert auf die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen legen und als für beide Seiten in vielerlei Hinsicht produktiv und gewinnbringend ansehen.

**„Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland“ –
Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.**

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. (koordinierende Geschäftsstelle in Stuttgart) ist die größte Organisation der Russlanddeutschen in Deutschland und offen für alle Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Familienzusammenführung sowie soziale, gesellschaftliche, berufliche und religiöse Eingliederung in die deutsche Gesellschaft, Kultur-, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Landsmannschaft, die bundesweit in Orts- und Landesgruppen organisiert ist.

Seit 2008 gibt es mit dem "Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland" (JSDR) eine eigene Jugendorganisation. Die Schwerpunkte liegen in der außerschulischen Bildungs- und Integrationsarbeit sowie in kulturellen Aktivitäten, internationale Begegnungen oder Freizeit- und Sportaktivitäten. Großes Interesse besteht auch am Kontakte mit anderen JSDR-Jugendgruppen und an gemeinsam Aktivitäten. JSDR-Landesgruppen gibt es bislang in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

„Immer mehr Jugendliche innerhalb der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland verstehen, dass sie selbst aktiv werden müssen und auch viel bewegen können.“ Zu den Zielen der JSDR gehört die Zusammenarbeit mit allen Organisationen, Institutionen und Vereinen, die in der Integrationsarbeit tätig sind. Er sieht sich als Brücke und Vermittler für russlanddeutsche Jugendliche, deren Aufgabe es ist, den zugewanderten jungen Leuten bei ihrer Integration in Deutschland zu helfen. Die Öffentlichkeitsarbeit des JSDR und die zahlreichen Aktivitäten sollen ein positives Bild von russlanddeutschen Jugendlichen vermittelt und Vorurteile entkräften.

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.: www.deutscheausrussland.de

Tisch 4: Antragsstellung und Projektsteuerung eines Lokalen Aktionsplans - Wie wird aus den Einzelprojekten eines Lokalen Aktionsplanes ein Ganzes?

Tischgeberin: Hanna Panther

Jugendstiftung Baden-Württemberg, seit 2009 Coach für LAPs in Baden-Württemberg (www.jugendstiftung.de)

Dass über der Planung und Durchführung der einzelnen Projekte nicht das große Ganze aus dem Blick gerät, gehört zu den besonderen Herausforderungen eines Lokalen Aktionsplans. Realistischer Weise wird man niemals alle Projektträger im gleichen Maße dafür gewinnen können, neben dem eigenen Projekt die Gesamtentwicklung des LAP im Blick zu haben, aber dass es neben der koordinierenden Stelle die eine oder andere „integrative“ Person gibt, die sich für den Gesamtprozess mit verantwortlich fühlt, ist wichtig.

Zum Start eines LAP ist hierfür eine bedeutende Weichenstellung, allen interessierten und motivierten Akteuren eine Beteiligung und Partizipation an der Gestaltung des Gesamtprozesses zu ermöglichen. Hilfreich kann es sein, wenn eine Anbindung an bestehende oder geplante kommunale Entwicklungsprozesse, in denen bereits ein gemeinsames Anliegen verfolgt wird, möglich ist.

Für die koordinierende Stelle gilt es, einen konstruktiven Umgang mit der durch das Programm vorgeschriebenen Strukturierung in Leit-, Mittler- und Handlungsziele zu finden: Diese ist hilfreich, um sich nicht zu „verzetteln“, man sollte sich jedoch nicht von ihr einengen lassen und Dynamiken, die entstehen, beschränken.

Regelmäßig oder nach Bedarf stattfindende Treffen der an den Einzelprojekten beteiligten Personen sind eine Voraussetzung, um Synergien und Möglichkeiten der Kooperation – auch während der Projektverläufe – überhaupt erst erkennen und ausloten zu können. Daraus kann es sich ergeben, dass Träger konkrete Projekte gemeinsam planen, insbesondere im zweiten und dritten Jahr eines LAP. Sinnvoll erscheint es auch, in Projekten verschiedene Zielgruppen zusammenzuführen (z.B. Eltern, Multiplikatoren, Jugendliche, Fachkräfte...). Ganz praktisch kann dies etwa dadurch befördert werden, dass Träger Räume gemeinsam nutzen.

Die Bereitschaft des Begleitausschusses, sich über die Förderentscheidungen hinaus mit dem Gesamtprozess des LAP zu identifizieren, kann gefördert werden, indem für jedes Einzelprojekt ein Pate aus dem Begleitausschuss gefunden wird, der das Projekt in besonderem Maße begleitet.

Ein effektives Mittel, den Zusammenhalt eines LAP nach innen zu stärken, ist eine gemeinsam betriebene Öffentlichkeitsarbeit, die unterschiedlichen Beteiligten die Chance/ Aufgabe gibt, den LAP nach außen zu vertreten. Maßnahmen in diesem Sinne können sein, zusammen eine gemeinsame Internetpräsenz zu errichten oder ein Logo für den LAP zu kreieren. Auch gemeinsame Veranstaltungen für die Öffentlichkeit, wie es sie beispielsweise in Göppingen mit dem Veranstaltungsformat „Cafe Vielfalt“ gibt, fördern das Gemeinschaftsgefühl innerhalb des Lokalen Aktionsplans. Und zu guter Letzt sei darauf hingewiesen, dass man neben allen ernsthaften Bemühungen auch mal miteinander feiern darf!

kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechtsextremismus

Beratungsnetzwerke in Baden-Württemberg



Tisch 5: Austausch erfahrener Akteure mit Einsteigern ins Beratungsnetzwerk „kompetent“

Tischgeber: Günter Bressau und Anne Bott

Jugendstiftung Baden-Württemberg und Landesarbeitsgemeinschaft offene Jugendarbeit e.V., LAGO, gemeinsame Landeskoordinierungsstelle „kompetent vor Ort“ in Baden-Württemberg (www.kompetentvorort.de)

An unserem Tisch ging es darum, erfahrene Berater/innen von „kompetent vor Ort. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ mit (noch) unerfahrenen Berater/innen und anderen interessierten Personen in den gemeinsamen Austausch zu bringen. Berater/innen von „kompetent vor Ort“ beraten bei rechtsextrem motivierten Anlässen Betroffene prozessorientiert und bieten Hilfestellungen bei der Bewältigung von Problemen in diesem Zusammenhang.

In der ersten Runde ging es zunächst um die Erwartungen und Wünsche, die von außen an Berater/innen herangetragen werden im Verhältnis zu den Angeboten, die im Rahmen von „kompetent vor Ort“ gemacht werden können. Aus Sicht der Beratungsnehmer wurde der Wunsch geäußert, Berater/innen sollen das jeweilige Problem „lösen“. Betroffene Personen gingen aus einer persönlichen Notlage mit rechtsextrem motiviertem Hintergrund auf die regionalen Beratungsnetzwerke zu und erwarteten sich eine kompetente Entlastung im Zusammenhang. Aus Sicht des Beraters stellt sich seine Rolle aber nicht als die eines "Problemlösers", sondern als kompetenten Prozessbegleiters dar, der in erster Linie vor Ort betroffenen Personen dabei hilft, für sich selbst Lösungsstrategien zu entwickeln, mit denen Problematiken mit rechtsextremem Hintergrund nachhaltig bewältigt werden können – auch dann, wenn der Berater selbst nicht mehr vor Ort ist.

In der zweiten Runde trafen zahlreiche Expert/innen aus dem Beratungsbereich aufeinander. Hier fokussierte sich die Diskussion auf die Voraussetzungen für gelingende Beratung und auf Unterschiede bei Beratung, die auf Anfrage (von Beratungssuchenden) erfolgt im Verhältnis zur sogenannten aufsuchenden Beratung, wenn der/die Beraterin ein Problem erkennt und selbst zum Akteur vor Ort wird. Dabei wurde deutlich, dass die eigentliche Beratungstätigkeit oft von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden kann – anders als bei Fällen, in denen Berater/innen das Problem bewusst öffentlich angehen, um etwa die Notwendigkeit zur Lösung des Problems offensichtlich zu machen.

Einmütigkeit bestand in der Runde darin, dass erfolgreiche Beratung einer klaren Auftragsklärung zwischen Beratungsnehmer/in und Berater/in im Vorfeld des Bera-

tungsprozesses bedarf. Die Erwartungen an die Beratung müssen geklärt werden und mit den Möglichkeiten abgestimmt werden. So lässt sich nach jedem Beratungsprozess nachvollziehen, in welchem Maße die gemeinsam abgesprochenen Ziele erreicht wurden und wo während des Prozesses Korrekturen notwendig werden. Auf diese Weise soll eine hohe Wirksamkeit von Beratungsprozessen angestrebt werden.

Spezielle Beratungskompetenzen bei Berater/innen wurden in beiden Runden als Kriterien für erfolgreiche Beratung gesehen, so z.B. Kenntnisse zu juristischen Fragestellungen oder auch Elternberatung. Die Grundlage dafür wird durch eine stetige fachliche Qualifizierung der Berater/innen in den Beratungsnetzwerken geschaffen.

Tisch 6: Zivilgesellschaftliches Engagement wecken und stärken

Tischgeberin: Dr. Simone Richter

Leiterin der bayernweiten Projektstelle gegen Rechtsextremismus (www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de) und Aktiv im Bündnis Wunsiedel



Wer sich über den Rechtsextremismus in Bayern Gedanken macht, der landet unweigerlich beim Namen Wunsiedel. Die oberfränkische Festspielstadt Wunsiedel hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich gegen den braunen Spuk vor Ort gewehrt. Zwei Jahrzehnte wurde die Stadt als unfreiwilliger Wallfahrtsort von den Neonazis missbraucht, die ihrem hier beerdigten „Idol und Märtyrer“ Rudolf Hess - einem verurteilten Kriegsverbrecher - huldigten. Im Schulterschluss von Politik, Kirchen, Schulen, Vereinen, Initiativen und Wirtschaft wurde Wunsiedel zum positiven Synonym für Zivilcourage und demokratische Wehrhaftigkeit. Viele Menschen haben im wahrsten Sinne des Wortes Farbe bekannt, Gesicht gezeigt, Widerstand bewiesen, auf Zivilcourage gesetzt und sich den braunen Aufmärschen erfolgreich in den Weg gestellt. Dieses bürgerliche Engagement hat inzwischen Vorbildcharakter für viele andere betroffenen Kommunen – auch über die Grenzen Bayerns hinaus. Unter dem Slogan „bunt nicht braun“ wird mobil gemacht gegen jedwede Aktion der braunen Szene – ganz gleich, ob es sich um NPD-Infostände, Gedenkmärsche, Mahnwachen, Demonstrationen, Heldengedenken oder sonstige Propagandaaktionen der so genannten nationalen Kräfte handelt.

In diesem Zusammenhang gibt es seit Herbst 2007 das „Wunsiedler Forum“, das von der Stadt Wunsiedel gemeinsam mit der Projektstelle gegen Rechtsextremismus (Sitz im Nachbarort Bad Alexandersbad), dem „Bayerischen Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ aus der Taufe gehoben und seither in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ (Berlin) erfolgreich durchgeführt wird. Das Forum ist eine Plattform, auf der sich betroffene, interessierte und präventiv agierende Städte austauschen und im bayernweiten Kampf gegen Rechtsextremismus vernetzen können. Denn längst hat sich bewahrheitet: gemeinsam und solidarisch können gerade die Kommunen und ihre zahlreichen, verschiedenen Akteure wirkungsvoll gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung vor Ort vorgehen. Bei den regelmäßigen Treffen des Wunsiedler Forums treffen diejenigen, die mit kreativen bunten Ideen dem braunen Bazillus entgegentreten und vielfältigste Aktionen und Aktivitäten erfolgreich absolvieren mit denjenigen zusammen, die sich plötzlich mit dem Problem konfrontiert sehen, die präventiv oder auch in Reaktion auf Vorkommnisse nun Unterstützung, Fachkompetenz, Austausch suchen.

Beim Tischgespräch wurden die an diesem Beispiel und an dem so genannten Wunsiedler Weg sichtbaren Entwicklungen im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements beleuchtet und zur Diskussion gestellt. Die Teilnehmer gingen der Frage nach, wie sich Bürger und verantwortliche kommunale Akteure motivieren und mobilisieren lassen. Braucht es dafür einen konkreten Anlass und den „sichtbaren Feind“? Und wie erreicht man die Menschen mit demokratischen Werten, wenn sich rechtsextremistische und fremdenfeindliche Tendenzen bereits im Alltag und der Mitte der Gesellschaft festgesetzt haben?

Stark im Fokus der Tischgespräche stand die aktuelle Demonstrationskultur. Welche Partnerschaften sind für Demonstrationen einzugehen - beispielsweise mit der Antifa? Wie verhält sich das Versammlungsrecht, was ist dabei zu beachten und wie sind Abläufe auf der Straße zu bewerten (zum Beispiel Thema Sitzblockaden)? Welche Strategie soll eigentlich mit Gegenveranstaltungen gefahren werden: Demonstration und Gesicht zeigen dort, wo die Neonazis aufmarschieren oder besser eine eigene Veranstaltung abseits, um auch das Medieninteresse vom braunen Aufmarsch bewusst abzulenken? Überhaupt: sind Blockadesituationen ein zeitgerechtes und legitimes Mittel, um gegen fremdenfeindliche Parolen ein Zeichen zu setzen und so ein demokratisches Statement auszugeben?

Auch auf juristischer Ebene wurde am Tisch diskutiert, zumal viele Entscheidungen deutscher Gerichte für engagierte Bürger nicht nachvollziehbar sind. Warum dürfen Nazis überhaupt marschieren? Das Recht der Versammlungs- und Meinungsfreiheit stand dabei im Mittelpunkt. Spannender Ansatz eines Teilnehmers: Von der Zivilgesellschaft wird inzwischen – mehr oder weniger deutlich ausgesprochen – erwartet, dass sie mobil macht gegen rechtsextreme Aktivitäten, dass sie sich couragiert zeigt, zu Gegendemonstrationen aufruft und sich in der Öffentlichkeit lautstark zur Demokratie bekennt.

Was aber passiert derweil auf juristischer Ebene? Auf der einen Seite manifestieren sich hier konkrete Erwartungen an die Zivilgesellschaft, an alle aufrechten und verantwortungsbewussten Demokraten und an die Leistungsbereitschaft im Rahmen von Aktionen, Initiativen und kreativen Aktivitäten; auf der anderen Seite stehen die Entscheidungen der Richter.



Tisch 7: Formen und Möglichkeiten der Opferberatung

Tischgeberin: Christina Giannoulis

Beratungsstelle für Opfer von Diskriminierung und rechter Gewalt im Saarland
(www.kompetent-fuer-demokratie.de/saarland_52.html)

Die Tischgeberin hatte bereits bei der Podiumsdiskussion die Gelegenheit, die saarländische „Beratungsstelle für Opfer von Diskriminierung und rechter Gewalt“ vorzustellen, so dass die Diskussion an ihrem Tisch unmittelbar daran anknüpfen konnte. Die Teilnehmer/innen aus Baden-Württemberg und Bayern gaben die Rückmeldung, dass sie ein Opferberatungsangebot sowohl bei Vorfällen rechtsextremer Gewalt als auch bei Alltagsdiskriminierungen für notwendig und wichtig halten: für Baden-Württemberg wünschte man sich die Einrichtung einer entsprechenden Stelle und aus Bayern wurden einschlägige Erfahrungen mit der Opferberatungsstelle B.U.D. (www.bud-bayern.de) geschildert. Diskutiert wurden drei Fragestellungen:

Die Selbstwahrnehmung der Opfer und ihr Zugang zum Beratungsangebot

Erfahrungen zeigen, dass Opfer von Diskriminierungen – zum Selbstschutz oder aus Resignation – dazu neigen, diese zu bagatellisieren und zu negieren (dies wurde z. B. aus der Arbeit mit jüdischen Jugendlichen beobachtet). Selbst bei Erfahrungen mit rechtsextremem Hintergrund wird das Problem oft geleugnet bzw. verdrängt (Beispiel eines Betroffenen, der bis vor seine Tür von einem Neonazi verfolgt wurde: es sei ihm „schließlich nichts passiert“). Diesbezüglich wurde der Begriff des „Opfers“

kritisch diskutiert, der entmündigend und (z.B. unter Jugendlichen) selbst diskriminierend wirken kann.

Eine rechtsextreme Gewalttat ist für viele Opfer nur die „Spitze des Eisbergs“ alltäglicher Diskriminierungserfahrungen. Ein niedrigschwelliges Beratungsangebot, das ein Bewusstsein auch für Alltagsdiskriminierungen schafft, ist daher hilfreich und dient zudem als „Türöffner“ für diejenigen Gesprächspartner, die das Erwähnen von Rechtsextremismus abschreckt.

Frage des Trägers und der Ausgestaltung der Opferberatung

Opferberatungsstellen sind überwiegend bei freien Trägern angesiedelt, das saarländische Modell dagegen bei einem Ministerium. Die Teilnehmer/innen sahen in dieser Entscheidung ein positives Signal für das Ernstnehmen des Themas und für die Übernahme einer Garantiefunktion von offizieller Stelle („zum Anwalt kann man schließlich immer noch“, so eine Teilnehmerin). Beide Formen haben Vorteile und Nachteile, die sich jeweils in der konkreten Ausgestaltung und der Beratungspraxis vor Ort zeigen.

Notwendigkeit der Dokumentation der Fälle

Die Teilnehmer/innen hielten es für wichtig, dass Fälle gemeldet und dokumentiert werden (B.U.D. in Bayern trägt dieser Aufgabe in ihrem Namen Rechnung), um Bedarf und Legitimation der Opferberatung deutlicher kommunizieren zu können.



Tisch 8: Umgang mit Rechts-, Links- und islamistischen Extremismus

Tischgeberin: Regina Bossert

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Projektleiterin des Landesstiftungsprojekts Extremismusprävention Team mex (www.team-mex.de)

Ein interessanter Diskussionspunkt war die Frage, wo wir ansetzen, wenn wir vom Umgang mit extremistischen Tendenzen sprechen. Ein Umgang kann bereits präventiv erfolgen, das heißt ansetzen, bevor sich bestimmte Denk- und Einstellungsmuster, die in den Extremismus führen können (aber nicht müssen!) überhaupt erst entwickeln. Idealerweise kann es gelingen, durch entsprechende pädagogische Maßnahmen menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Einstellungen, insbesondere bei Jugendlichen, entgegenzuwirken bzw. diese gänzlich zu verhindern. Von dieser klassischen Präventionsarbeit unterscheidet sich die Intervention, die dann ansetzt, wenn bereits konkrete Vorfälle offenbar geworden sind. Interventionen können kurzfristig oder langfristig angelegt sein, wobei den langfristigen ein höherer Wirkungsgrad zugesprochen wurde. In der Praxis verschwimmen der präventive und interventionsorientierte Umgang häufig.

Je nach Zugang unterscheidet sich auch die Zielgruppe. Soll präventive Arbeit geleistet werden, wird eine möglichst breite Basis mit einbezogen. Bei Interventionen wird der Fokus stärker auf den einzelnen „Fall“ gelegt, in dem in der Regel auch bereits konkretere Bezüge zu einem Extremismusphänomen auffindbar sind.

Diskutiert wurde die Frage, ob es sinnvoll ist, sich den unterschiedlichen Extremismusphänomenen mit unterschiedlichen Zielen, Mitteln und Methoden zu widmen oder ob eine Gesamtbearbeitung wirksamer sein könnte. So wäre es z.B. bei der Prävention von islamistischem Extremismus in der Einzelbearbeitung möglich, dass ein Projekt mit diesem Fokus sich dem Vorwurf der Stigmatisierung von Musliminnen und Muslimen ausgesetzt sehen könnte. Andererseits wird es durch die Bearbeitung von einzelnen Extremismusformen (bzw. den potentiellen Wegen in den Extremismus) möglich, die Hintergründe, Strukturen und ideologischen Bezüge stärker mit zu betrachten. Zentral ist in jedem Fall immer der eigene Standpunkt, von dem aus die Arbeit gegen jegliche Formen von Extremismus gestaltet wird. Daraus leiten sich sowohl Ziele als auch Handlungsoptionen ab.

Um den Umgang mit allen Extremismusformen bzw. deren Vorstufen nachhaltig gestalten zu können, ist ein Austausch der verschiedenen Träger und ihrer Projekte zentral. Erst dann können unterschiedliche Herangehensweisen (z.B. der Sozialpädagogik oder der politischen Bildungsarbeit) sinnvoll miteinander verknüpft werden. So gibt es zum Beispiel in vielen Bundesländern bereits Bündnisse „Gegen Rechtsextremismus“ (mit unterschiedlichen Namen), in denen sich verschiedene Institutionen gemeinsam gegen Rechtsextremismus (und teilweise auch andere „Extremismen“) einsetzen. Das läuft in der Regel sehr gut, manchmal ergeben sich aber auch Probleme. So stellt sich z.B. die Frage, was man tun kann, wenn sich eine linksextremistische oder diesem Spektrum nahe stehende Gruppierung einem Bündnis gegen Rechtsextremismus anschließen möchte. Ist eine Zusammenarbeit möglich oder kann/soll/ darf eine solche Gruppierung von einem Bündnis ausgeschlossen

werden? Hier würde sich dann die Frage stellen, mithilfe welcher Kriterien ein Ausschlussverfahren bzw. eine Aufnahmeverweigerung vonstattengehen kann. Eine ähnliche Problematik ergibt sich auch auf kommunaler Ebene bei der Zusammenarbeit mit Vereinen und lokalen Gruppierungen. Wie kann sichergestellt werden, dass Gelder zur Extremismusprävention nicht Organisationen zur Verfügung gestellt werden, die ihrerseits wieder bestimmten extremistischen Gruppierungen nahe stehen? Diese Fragen konnten leider lediglich aufgegriffen und diskutiert, jedoch nicht umfassend beantwortet werden.

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
>> Elternberatung <<

Sie befürchten, ihr Kind könnte sich rechtsextrem orientieren?
 → Ihr Kind trägt Kleidung mit Symbolen oder Sprüchen, die Ihnen seltsam vorkommen?
 → Ihr Kind hört Musik mit Texten, die Sie aufmerken lassen?
 → Ihr Kind hat neue Freunde, die Sie im rechtsextremen Umfeld vermuten?
 → Sie sind unsicher ob, was und wie Sie etwas unternehmen sollen?

→ **Holen Sie sich Rat und Hilfe!**

Wir bieten Ihnen vertraulich und kostenlos
 → Informationen über die rechtsextreme Szene
 → Beratung und auch längerfristige Begleitung
 → Vermittlung von weiteren Beratungsangeboten

→ **Schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an!**

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
 c/o Bayerischer Jugendring
 Herzog-Heinrich-Straße 7
 80336 München
 Hotline: 0151 / 23617782
elternberatung@lks-bayern.de
www.lks-bayern.de

Die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus wird gefördert von:
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 In Rahmen des Bundesprogramms:
 Kooperation für den sozialen Zusammenhalt
 Soziale Unterstützung der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 Kooperation für den sozialen Zusammenhalt
 Soziale Unterstützung der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund

MEIN KIND IST DOCH KEIN ...
... NAZI?!

BJR Bayerischer Jugendring

Tisch 9: Elternberatung im Spannungsfeld Rechtsextremismus

Tischgeberin: Helga Hanusa

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS), dort tätig in der Elternberatung (www.lks-bayern.de, elternberatung@lks-bayern.de)

Zu Beginn stellten die Teilnehmer/innen ein ganzes Bündel an Fragen zur Beratung von Eltern, Angehörigen und Fachkräften rechtsextremer Jugendlicher. Es ging um die Zielgruppe und um die Beratungspraxis.

Warum werden nur Eltern beraten, warum nicht auch die Kinder? Aus welchen Einkommens- und Bildungsmilieus kommen Eltern mit Jugendlichen rechtsextremer Orientierung? Was sind Motive und Dynamiken im familiären Bereich, die dazu beitragen? Was ist mit den Eltern, die bisher diese Orientierung nicht als Gefährdung wahrnehmen?

Was sind Anlässe für Beratungssuche? Was bewirkt, verändert Beratung? Gibt es schon Aussteiger dadurch? Was ist als Erfolg zu werten? Welche Erwartungen haben die Eltern, wie wird damit umgegangen in der Beratung? Gibt es Zusammenarbeit mit Aussteigerprojekten? Was ist besonders schwierig? Nur Einzelberatung? Oder auch in Gruppen? Dauer der Beratung, Grenzen des Angebots.....

Ein weiterer Fragenkomplex betraf Aufbau und Organisation des Angebots der LKS, die dafür nötige personelle Qualifikation und Ausstattung, Finanzierung, Zusammenarbeit und Bekanntmachung, die Schaffung eines Zugangs zur Zielgruppe Eltern. Die Beratung ist freiwillig u. unterliegt allen Standards sonstiger Beratung. Die Öffentlichkeitsarbeit für das Angebot ist sehr breit angelegt: Übers Internet, die Hotline, Hinweise in der Tages- oder Fachpresse, empfohlen durch Lehrkräfte, vermittelt von Fachstellen oder Beratern des Beratungsnetzwerkes. Auch die Jugend- und Familienbeauftragten sind wichtig für die Bekanntmachung des Angebots vor Ort. Im Elternberatungsteam der LKS arbeitet freiberuflich eine Gruppe von pädagogischen Fachkräften, die regional über rechtsextremistische Vorgänge im Bild sind und eine Zusatzqualifizierung zum Themenfeld Beratung in rechtsextremen Zusammenhängen im Lidice-Haus Bremen absolviert haben.

Ein wichtiger, weil sehr niedrigschwelliger Zugang für Eltern, aber auch für die Fachöffentlichkeit und Interessierte in Kommunen waren Lesereisen mit Claudia Hempel. Durch Lesungen aus ihrem Buch "Wenn Kinder rechtsextrem werden..." wurde das weitgehend tabuisierte Thema in die Öffentlichkeit gebracht, vor Ort Trägerkreise für diese Veranstaltungen samt Vorstellung des Angebots Elternberatung initiiert.

Durch die Lesung und in den anschließenden Gesprächen konnte getestet werden, wie unser professioneller Umgang mit dem Thema neonazistische, rassistische Orientierung von Jugendlichen sein würde. Schließlich haben viele Eltern Versagens-, Schuld- und Schamgefühle angesichts des aktuellen Verhaltens ihrer Kinder, verdrängen daher oft lange. Es fällt ihnen schwer, für sich in eskalierenden familiären Konflikten Hilfe von außen zu holen. Sie hoffen meist zu lange, dass diese Orientierung ein pubertäres vorübergehendes Problem sei. Manche Eltern haben leider auch eine Odyssee durch verschiedene Beratungsstellen hinter sich.

Wo keine Problemerkennung möglich ist, kann auch keine Problemannahme erfolgen. Zu lange verharren die meisten Eltern in Ambivalenz und Verunsicherung bis akute Anlässe, wie z.B. Straffälligkeit, Abbruch der Ausbildung oder unübersehbare Nazi-Bekleidung und Lifestyle, Internetkonsum und Wechsel der Freundeskreise sie drängen, sich in der Elternberatung Klarheit zu verschaffen.

Eltern sind Teil des Problems, Betroffene und auch eine Ressource.

Ziel ist es, Eltern handlungsfähiger zu machen, damit sie mit klaren Haltungen und demokratischen Positionen soweit wie möglich mit ihrem Kindern in Kontakt bleiben, als Widerpart wirken und Grenzen setzen können. "Was sucht und was findet Ihr Sohn/Ihre Tochter derzeit in der rechtsextremistischen Szene? Was vermeiden Sie? Vor welchen Anforderungen flüchten Sie?" Entlang solcher Fragen entwickelt sich ein neues Verständnis der Situation und Ansatzpunkte für angemessenes eigenes Verhalten und Handeln im Alltag.

Es geht darum, rassistisch orientierten Jugendlichen mit dem Potential positiver primärer Bindung und demokratischer Orientierung zu begegnen, um sie zu ringen und ihnen Rückwege offen zu halten.



Tisch 10: Praxisnahe Materialien erstellen und Projektergebnisse anderer nutzen

Tischgeberin: Milena Detzner

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA),
Vielfalt-Mediathek (www.vielfalt-mediathek.de)

Am Ende von Projekten, Maßnahmen, nach erfolgreicher Durchführung von Fortbildungen, Aktionen oder Seminaren stellt sich oft die Frage „Was bleibt?“ Wie können Ergebnisse in konkrete, praxistaugliche und übertragbare Publikationen gefasst werden? Wie können entstandene Publikationen und Dokumentationen auch nach der Projektzeit anderen zur Verfügung gestellt werden? Wie kann verhindert werden, dass entwickelte Konzepte, Ideen und Innovationen verloren gehen?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich die zwei Gruppen am Thementisch 10. Wir überlegten gemeinsam, wie Materialien aufgebaut sein müssen, damit sie praxistauglich sind und wie Langfristigkeit und Nachhaltigkeit gesichert werden können. Dabei wurde auch die Relevanz dieser Fragen für den Beginn, die Planung und Konzeption von Projekten herausgestellt. Auch hier ist es hilfreich zu wissen: Was gab es schon? Können wir eventuell an bereits Bestehendes anknüpfen?

Die Vielfalt-Mediathek wurde dabei als sinnvolles Instrument angesehen, um sich vor der Entwicklung eines Projektes zu informieren, was für Konzepte und Materialien schon vorhanden sind und dieses Wissen als Ansatzpunkt für neue Projekte zu nehmen.
Transferrkonferenz Süd, 5.10.2010 Jugendstiftung Baden-Württemberg, www.jugendstiftung.de

men um „das Rad nicht immer neu zu erfinden“. Außerdem bietet sie die Möglichkeit, in einer akuten Problemsituation auf anderes Material zurückgreifen und so schnell reagieren zu können.

Damit Materialien langfristig und auch ohne Einbindung in ein Projekt genutzt werden können, zeigten die Erfahrungen der Teilnehmenden, dass eine konkrete Zielgruppenorientierung wichtig ist, d. h. bei der Erstellung von Materialien sollte darauf geachtet werden, diese eher spezifischer für eine engere Zielgruppe zu entwickeln als zu allgemein zu halten. Entsprechend muss anschließend in dieser Zielgruppe für das Material geworben werden.

Weitere zentrale Diskussionspunkte waren die Bewerbung von Materialien und die Öffentlichkeitsarbeit der Vielfalt-Mediathek. Wie verbreitet man Informationen, dass sie bei denjenigen, die sie benötigen, auch ankommen und wahrgenommen werden? Hier entstand die Idee, aktuelle Anlässe wie z. B. Demonstrationen Rechtsextremer, rassistische Übergriffe etc. aufzugreifen und dann gezielt Pressemitteilungen, Infomaterial etc. in die entsprechende Gegend zu senden und dort ansässigen Initiativen und Betroffenen direkt Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

In der zweiten Tischrunde wurden vor allem Erwartungen formuliert, die die Teilnehmenden an eine Mediathek und an Materialien allgemein haben. Konsens bestand darüber, dass Materialien möglichst digital zur Verfügung gestellt werden sollten, im Internet leicht auffindbar und verständlich erklärt sein müssen, damit deutlich wird, um was genau es sich handelt und für wen und was für eine Art von Projekten es geeignet ist.



Tisch 11: Toleranz und ihre Grenzen

Tischgeberin: Susanne Schmidt

Adolf-Bender-Zentrum St. Wendel, Modellprojekt im Saarland im Themenbereich interkulturelles und interreligiöses Lernen (www.toleranz-netzwerk-saar.de)

Im Rahmen der Veranstaltung wurde das Tischgespräch zum Thema „Toleranz und ihre Grenzen“ zwei Mal durchgeführt. Die Teilnehmer/innen beteiligten sich rege an der Diskussion. Im Allgemeinen wurde an beiden Tischen festgestellt, dass der Begriff „Toleranz“ in der Praxis häufig Schwierigkeiten bereitet. Insbesondere dort, wo durch Konflikte die Toleranz an ihre Grenzen stößt. Desweiteren war es nicht so einfach eine allgemeine Definition des Begriffs festzuhalten. Deutlich wurde, dass der Begriff immer wieder überprüft und gemeinsam definiert werden muss. Notwendig ist

eine gemeinsame Wertediskussion. Dabei spielt die Selbstreflektion eine wichtige Rolle. Was bedeutet Toleranz für mich? Eine weitere Grundlage ist eine prinzipielle Offenheit und ein sich-einlassen-wollen. Toleranz wurde als Vorstufe zu Achtung und Akzeptanz beschrieben, das eigentliche Ziel, wenn es um Verständigung gehe. Drei Fragen wurden hauptsächlich am Tisch bearbeitet:

Welche Begriffe verbinden Sie mit dem Wort „Toleranz“?

Folgende Begriffe wurden genannt: Offenheit, Freiheit, erleiden, dulden, aushalten können, Akzeptanz, Achtung, Respekt, Gegenseitigkeit, Anerkennung, Nächstenliebe, Handlungsaufforderung, Empathie, Werte. Wenn es um Toleranz geht, dann müsse man eine gewisse Bereitschaft haben, offen gegenüber anderen Meinungen zu sein und ein gewisses Maß an Empathie mitbringen. Beide Tische waren sich einig, dass Toleranz heute mehr bedeutet als im ursprünglichen Sinn von „erleiden, dulden“. „Aushalten können“ sei eine wichtige Kompetenz, fasse aber zu kurz. In der Diskussion fiel auch der Begriff der „Freiheit“, die Freiheit meine eigene Freiheit und die Freiheit anderer zu achten. Diese Gegenseitigkeit wurde auch im Zusammenhang mit dem Begriff des „Respekts“ formuliert. Toleranz als erster Schritt zur Akzeptanz, Achtung wurde als wichtiger Schritt zur Integration formuliert. Dabei sind Anerkennung und gemeinsame Werte wichtig. Abschließend wurde der Begriff „Handlung“ genannt, denn Toleranz zu leben erfordere ebenso häufig zu handeln.

Toleranz Netzwerk Saar
Adolf-Bender-Zentrum e.V.

Adolf Bender Zentrum Bundesprogramme Ausstellungen & Filme Veranstaltungen Projekte Buchen & Bestellen

<p>Adolf Bender Zentrum Adolf Bender - Maler und Demokr... Adolf Bender wurde ohne Gerichtsverhandlung als politischer Häftling im Herbst 1933 in das KZ Börgermoor und einige Zeit später in das KZ Esterwegen gebracht. Als streitbarer Demokr...</p>	<p>Bundesprogramme Das Projekt "Jugend und In... In dem Modellprojekt „Jugend und Interkulturalität“ sollen Jugendliche ab 14 Jahren dazu befähigt werden, sich mit Entwicklungen, Veränderungsdynamiken und Konflikten in der Einw...</p>	<p>Buchen & Bestellen Begleitheft zur Dauerausstellung... Adolf Benders wichtigsten und bedeutsamsten Bilder sind die Bilder des 'Moorsoldaten-Zyklus', von denen 28 in diesem Katalog wiedergegeben sind.</p>
<p>Projekte Kinderrechte, Menschenrechte?! ... Das Projekt "Kinderrechte, Menschenrechte?! - Richter gehen in die Schulen" ist eine Folgeveranstaltung des Pilotprojekts „Menschenrechte an saarländischen Schulen“,...</p>	<p>Ausstellungen & Filme DVD "Anneliese Knoop-Graf..." "... sollst bestimmt sein, mein Andenken und mein Wollen aufrecht zu erhalten." (Willi Graf) Anneliese Knoop-Graf trägt seit Jahrzehnten diese Botschaft ihres Bruders ...</p>	<p>Veranstaltungen Zug der Erinnerung Projektgruppe aus Schmelz</p>

Wo liegen Grenzen der Toleranz, auch im Hinblick auf scheinbare Toleranz?

Dem Begriff „Toleranz“ wurde die „scheinbare Toleranz“ und „Intoleranz“ entgegen gesetzt. Die Gruppe formulierte, dass „etwas zulassen“ nicht unbedingt etwas mit tolerantem Verhalten zu tun hat. Daran schloss sich die Frage an: Kann ich mich selbst noch tolerant nennen, wenn ich nur deshalb nichts unternehme, weil ich selber einen Nachteil von meinem Einschreiten befürchte? Dieses Verhalten wurde in der Gruppe als „scheinbare Toleranz“ formuliert. Dem gegenüber wurde die „Toleranz“

gestellt, die zwei Möglichkeiten des Reagierens auf einen Konflikt beinhaltet: Aus Einsicht gewähren lassen oder gewaltlos regeln. Dabei sei es wichtig, dass das gleiche Recht auf freie Entfaltung prinzipiell anerkannt wird.

Welche Erfahrungen haben Sie zum Thema „Toleranz und ihre Grenzen“ ganz konkret in Ihrer Arbeit? Welche Strategien haben sich bewährt?

In der Jugendarbeit ist es manchmal hilfreich, Räume zu schaffen, wo man auch intolerant sein darf. Gleichzeitig wurde betont, dass man danach die Inhalte besprechen und einordnen muss. Es wurde darüber diskutiert, ob man Rechtsextreme beteiligen soll oder nicht. Dieser Punkt wurde als schwierig titulierte und nicht gänzlich geklärt. Dennoch wurde gemeinsam folgende Regel aufgestellt: Wo es unmenschlich wird, endet die Toleranz.

Als Strategien zur Verständigung und gegenseitigen Achtung wurde abschließend die Weckung einer Sensibilität gegenüber anderen Kulturen genannt und das Entdecken gemeinsamer Interessen. Auch sind gemeinschaftliche Erlebnisse häufig ausschlaggebend für eine Bereitschaft zu gegenseitiger Toleranz oder Achtung.

Tisch 12: Rassismus im Fußball

Tischgeber: Andreas Hellstab und Fabian Will

Initiatoren des Projekts Show racism the red card (www.theredcard.de)

Die gesellschaftliche Bedeutung des Fußballs ist offensichtlich. Von den untersten Ligen bis in den Profibereich der Bundesliga stellt dieser Sport einen wichtigen Integrationsfaktor in Deutschland dar. Der Fußball kennt dabei keine gesellschaftlichen Schichten und Schranken, ist somit Spiegelbild unseres Zusammenlebens, der Bevölkerungsstruktur, leider aber auch seiner Probleme. Dies ist ein Umstand, den die Tischteilnehmer/innen aus der Praxis bestätigen konnten. Vorurteile, Stereotypen und offener Rassismus gehören zu den Schattenseiten des beautiful game. Regelmäßig beschwört der DFB in Werbespots die integrative Kraft des Fußballs. Diese ist zweifelsohne vorhanden, tritt in der Praxis jedoch allzu oft in den Hintergrund. Denn was in der Nationalmannschaft momentan sehr gut funktioniert, muss in der Kreisliga noch lange nicht umsetzbar sein. Es gilt somit die positive Kraft des Sports für ein Leben in Vielfalt, Toleranz und gegenseitigem Respekt einzusetzen.

Für diese Werte muss jedoch geworben werden, sie müssen offensiv vermittelt werden. Dies impliziert Prävention und nicht nur Reaktion. Gerade Kinder sind hier eine wichtige Zielgruppe zur Vermittlung eines toleranten Miteinanders ohne diskriminierende Vorurteile. Besonders der Altersgruppe zwischen 8 und 13 Jahren kommt eine wichtige Bedeutung zu: Erstens bilden und verfestigen sich in diesem Alter bereits Vorurteile, zweitens wird diese Altersgruppe kaum von den bestehenden Angeboten politischer Bildung angesprochen. Diese Lücke sollte gefüllt werden. Über den Fußball ist dies sehr gut möglich: Teamgeist, gemeinsame Ziele und gegenseitige Akzeptanz sind nicht nur sportliche Tugenden, sondern übertragbares Verhalten für den Alltag. Diesen Ansatz verfolgt das Projekt „Show Racism the Red Card – Deutschland“. Fußball ist dabei Schlüssel und Medium, um Kinder in altersgerechter Form für Angebote der politischen Bildung zu interessieren. Im Zentrum steht die Prävention unterschiedlicher Diskriminierungs- und Rassismusformen. Die Kernidee

ist, die Vorbildfunktion von Profifußballern für diese Prävention und politische Bildung einzusetzen. Da auch Profisportler/innen trotz ihrer privilegierten Situation am eigenen Leib, im täglichen Leben oder bei Mitspielern Diskriminierung erfahren, wirkt die Integration dieser Vorbilder in die politische Bildung authentisch auf Kinder. Dafür werden Workshops in Schulen, Jugendeinrichtungen und in den Partnervereinen angeboten. Zum Einsatz kommt dabei der aus England stammende und synchronisierte Film „Show Racism the Red Card“. Profifußballer wie Thierry Henry, Samuel Eto'o und Ryan Giggs schildern ihre persönlichen Erfahrung mit Rassismus und zeigen Wege auf, wie damit umgegangen werden kann. An die Inhalte des Films knüpfen Lerneinheiten an, in denen sich die Kinder in unterschiedlicher Form mit den Themen Rassismus und Diskriminierung auseinandersetzen.



Tisch 13: Sport als Chance zur und Ort der Integration?

Tischgeber: Giusy Grillo und Nurettin Berber

G.I.M. Forschungs- und Transferstelle für Gesellschaftliche Integration und Migration

Im Herbst 2009 gab es bei Spielen zwischen von Migranten getragenen Fußballvereinen und „deutschen“ Fußballvereinen der unteren Ligen in Saarbrücken mehrfach Vorfälle, die Anlässe zu Sorge gaben. Es kam zu Auseinandersetzungen und Beschimpfungen zwischen Spielern, Trainern, Schiedsrichtern und Zuschauern. Ein Verein wandte sich an Oberbürgermeisterin Charlotte Britz mit der Bitte um Unter-

stützung. Das Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Stadt Saarbrücken lud darauf hin zu einem Treffen ein. Daran nahmen teil: Vertreter von fünf ethnischen Fußballvereinen, der Integrationsbeauftragte des Saarländischen Fußballverbandes, das saarländische Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport, der Saarbrücker Integrationsbeirat, der Leiter des Polizei Saarbrücken. Schnell wurde deutlich: Alle Beteiligten waren froh über die Initiative, denn es gibt viel zu tun!

Eine Reihe von Themen kam auf den Tisch: Parolen und Provokationen gegen Spieler und Zuschauer mit Migrationshintergrund; aufgeheizte Reaktionen und wenig Geduld, Bereitschaft und Fähigkeit zum Umgang mit Konflikten auf allen Seiten; die unbefriedigende Situation der von Migranten getragenen Vereine, die über eine deutlich schlechtere Infrastruktur verfügen; Überforderung von Schiedsrichtern bei Konflikten auf dem Spielfeld. Aus dem ersten Treffen entwickelte sich ein Arbeitskreis, der sich seither regelmäßig trifft. Schnell wurde deutlich, dass eine Reihe konkreter Aufgaben ansteht. Das Bundesprogramm „Kompetent für Demokratie“ ermöglichte die Durchführung einer Interventionsmaßnahme, die den Arbeitskreis seither begleitet. Die Forschungs- und Transferstelle G.I.M. (Gesellschaftliche Integration und Migration) an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes erhielt den Auftrag, diese Maßnahme durchzuführen. Das Team aus Nurettin Berber, Stefanie Haben und Andrea Adam wurde aktiv und leitete im Auftrag des Arbeitskreises erste Schritte ein: Gespräche mit Fußballvereinen oder dem Saarländischen Fußballverband, die Sammlung von Problemlagen und erste Lösungsideen.

Als erstes müssen wir mehr miteinander reden! Das war eine so einfache wie wichtige Erkenntnis aus den Gesprächen mit den Vereinen und anderen Fußball-Akteuren. Die Arbeitstagung Anfang Oktober 2010 „Fußball ist mehr als ein 1:0“ des Saarländischen Fußballverbandes war eine erste Initiative des Arbeitskreises und ein guter Rahmen für den ersten Dialog, deren Ergebnisse auch entsprechend festgehalten und weiter verfolgt werden.

Die Teilnehmenden der Tischrunden verstehen Fußball als Ort der Begegnung und damit als Chance zur Integration, sehen aber auch das Konfliktpotenzial, das Fußball bieten kann. Auch in den professionellen Ligen wird mit „Gegnern“ nicht immer sportlich umgegangen, ob dies auf dem Feld oder unter den Zuschauern stattfindet. Fußball fördert ein Wir-Gefühl und dies ist entsprechend der Ausrichtung ambivalent zu betrachten. Dennoch und insbesondere aufgrund dieser vielseitigen Aspekte, kann Fußball mit entsprechenden Strategien einen Beitrag zur Integration leisten. Wichtig ist es, Räume zur Begegnung nach dem Spiel zu schaffen und Schiedsrichter zum Thema zu schulen.

Tisch 14: Demokratie, Zivilcourage, Gewaltfreiheit und Toleranz in der Schule leben

Tischgeber: Stefan Lutz-Simon

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage Landeskoordinierungsstellen Baden-Württemberg und Bayern (<http://www.schule-ohne-rassismus.org>)

- hier liegt keine Zusammenfassung vor -



Tisch 15: Junge Migranten und Migrantinnen stärken und einbinden

Tischgeberin: Susanne Mayr

Arbeitsstelle Talent im Land Baden-Württemberg an der Uni Tübingen
(www.talenti.land.de)

Folgende Themenkomplexe wurden angesprochen:

Wie erreicht man die Jugendlichen - Themen und Methoden

Um Jugendliche zu stärken und einzubinden, muss man Themen finden, die Jugendliche ansprechen (Musik, Sport, Medien, etc.). Man sollte nach Gemeinsamkeiten in den Kulturen suchen, gemeinsame, alle Jugendlichen bewegende Werte und Gefühle thematisieren. Gute Möglichkeiten/Methoden sind hier Kreativitätstechniken (z.B. Theater spielen), mit deren Hilfe man an Themen und zu Fragen arbeiten kann, die alle Jugendlichen bewegen (nicht migrationspezifisch).

Wertschätzung und Nutzung von Ressourcen

Die Mehrheitsgesellschaft sollte sich sensibilisieren, sehen und wahrnehmen, dass sich Migranten bereits einbringen, aktiv sind und Leistungen bringen und dort ansetzen. Ein Beispiel ist die Energie und der Aufwand, der notwendig ist, um erfolgreich in einem Moscheebauverein eine Moschee zu planen, finanzieren und zu bauen. Auch junge Migranten sollen nicht als passive Teile der Gesellschaft gesehen

werden, sondern in dem wahrgenommen werden, was sie bereits leisten und was sie einbringen können. Jugendliche sollen selbst Akteure werden.

Beispiele: Jugendarbeit in muslimischen Gemeinden fördern und unterstützen oder Antidiskriminierungsprojekt für und von Jugendlichen mit Diskriminierungserfahrungen, d.h. Beratung von Jugendlichen für Jugendliche

Insgesamt ist es notwendig, weg vom „Defizit-Blick“ zu kommen und stattdessen die Chancen und Stärken in den Blick nehmen. Hier ist es auch sinnvoll, mit den Jugendlichen gemeinsam das Bewusstsein zu erarbeiten, Interkulturalität als Chance und Bereicherung zu sehen und nicht als Last.



Anerkennung und Respekt

Mit dem vorherigen Punkt hängt eine Kultur der Anerkennung und des Respekts zusammen. Die Gesellschaft sollte jungen Migranten glaubhaft vermitteln, dass sie anerkennt und respektiert ihre Leistung (z.B. der Bildungserfolge in der Schule), ihre Interessen (Musikstil, Sport, ...), ihre Religion (z.B. islamischer Religionsunterricht), ihre bisher gemachten Erfahrungen auch negativer Art (z.B. Fluchterfahrung, o.ä.). Es sollte insgesamt das Gefühl des „Willkommen seins“ vermittelt werden, dies stärkt die Jugendlichen. Die Anerkennung und ein starkes Selbstbewusstsein wiederum erleichtern und fördern die Bereitschaft, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Zusammenfassende Feststellung

Ausgehend von der Frage: Sind junge Migranten schwerer einzubinden als deutsche Jugendliche? - und der einhelligen Antwort „Nein“ gelten alle Punkte ebenfalls für deutsche Jugendliche.

Um die oben genannten Punkte angehen und realisieren zu können, bedarf es in allen Fällen des Dialogs, der Kommunikation und der Begegnung auf allen Ebenen, mit Durchhaltevermögen und Sensibilität.

Tisch 16: Zeitzeugen als Mahnung und Sprachrohr für Menschenrechte

Tischgeberin: Angelika Vogt

Jugendstiftung Baden-Württemberg, erstellt seit 2008 im Rahmen des Modellprojekts der Jugendstiftung Zeitzeugeninterviews mit Schulklassen und Jugendgruppen (<http://www.menschenrechte.jugendnetz.de>)

Die Jugendstiftung Baden-Württemberg erstellt seit 2008 im Rahmen ihres Modellprojekts „Menschenrechte – lokal handeln, regional vernetzen, international verständigen“ Zeitzeugeninterviews mit Schulklassen und Jugendgruppen. In der Auseinandersetzung mit den Schicksalen der Befragten werden Menschenrechte für Jugendliche erlebbar und ihre Bedeutung für eine gemeinsame Wertebasis verständlich. Die Erfahrungen und Ergebnisse aus diesen Interviewprojekten sollte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Transferkonferenz zugänglich gemacht werden, da sie sich sehr zur Nachahmung empfehlen.

Das Interesse der World-Café-Teilnehmenden zielte dabei in erster Linie auf die ganz konkrete Umsetzung dieses Projekts: Wie findet man ein geeignetes Thema und geeignete Zeitzeugen?, Wie wird das Thema veranschaulicht und welche Rahmenbedingungen müssen erfüllt sein? Ausführliche Antworten darauf bietet das online verfügbare Begleitheft des Projekts unter: www.menschenrechte.jugendnetz.de > Zeitzeugen > [Projektbaukasten](#). Dort stehen Arbeitshilfen, Mustervorlagen und Checklisten zur Verfügung. Im Gespräch konnte deutlich gemacht werden, dass das Interviewprojekt in seiner Ausführung und im Umfang sehr anpassungsfähig ist, sodass es in ganz verschiedenen Kontexten durchgeführt werden kann.

Außer Frage stand für die Tischgäste, dass sich ein solches Projekt sehr gut eignet, um das Thema Menschenrechte zu veranschaulichen und die zentrale Bedeutung der Menschenrechte für unser Wertesystem Jugendlichen zu vermitteln. Gleichzeitig wurde übereinstimmend festgestellt, dass das konkrete Wissen über, von und zu den Menschenrechten bei Jugendlichen und Erwachsenen meist gering ist und verbessert werden sollte. Die aufgeworfene Frage, ob ein Interviewprojekt genügend Nachhaltigkeit erzielen kann, beantworteten die Tischteilnehmerinnen und -teilnehmer positiv, da das von den Jugendlichen selbst vorbereitete, recherchierte und weitgehend selbstständig durchgeführte Interview neben einer Erweiterung der Medienkompetenz intellektuelles und emotionales Lernen fordert und fördert.

Außerdem bietet der Projektaufbau die Möglichkeit, dass Jugendliche bei der Durchführung in ganz unterschiedlicher Weise Anerkennung für ihr Engagement erhalten: Beispielsweise über ein vor Publikum durchgeführtes Interview, über den Interviewpartner selbst, über Reaktionen in der Lokalpresse und dem später sichtbaren

Ergebnis im Internet auf www.menschenrechte.jugendnetz.de. All das trägt dazu bei, Nachhaltigkeit bei den Beteiligten zu erzeugen.

In beiden Gesprächsrunden des World Cafés äußerten sich die Tischgäste sehr zufrieden darüber, dass im Rahmen der Konferenz nicht ausschließlich abstrakt diskutiert wurde, sondern ein konkretes Projekt in Konzeption und Ausführung vorgestellt und erläutert wurde. Die Anregung wurde dankbar aufgenommen und Interesse für eine eigene Nachahmung geweckt.

The screenshot shows the website interface for 'Menschenrechte - Deine Rechte: Vielfalt tut gut'. The main content area features a video player with the title 'Zeitzeugeninterview mit einem Republikflüchtling aus der ehemaligen DDR'. Below the video, there is a text block starting with 'Für die Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 der Schillerschule Waghäusel-Kirrlach beginnt in Kürze ein neuer Lebensabschnitt: Sie müssen sich für eine Ausbildung, einen Beruf oder eine weiterführende Schulbildung entscheiden. Selbstbestimmung und Freiheit betreffen sie hautnah.' To the right of the video is a portrait of Thomas Kretzschmar and a text block titled 'Der Zeitzeuge:' which describes his life in the DDR and his flight to West Germany.

Tisch 17: Dialog der Religionen

Tischgeber: Gökyay Sofuoğlu

Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg (www.tgbw.de)

Das Thema Dialog der Religionen wurde rege diskutiert. Die Schwerpunkte und Fragen aus der Diskussionen waren wie folgt:

Findet bereits ein Dialog der Religionen statt und wenn ja, wie verläuft er?

Hier wurde die Meinung vertreten, dass dieser Dialog zur Zeit eher auf der Funktionärssebene (Politiker, Institutionen) läuft, für die "normalen" Menschen dagegen wenig Relevanz hat. Bei den meisten Dialoggesprächen taucht die Frage auf, wie man die Basis erreicht. Ein positives Beispiel ist das Fastenbrechen, bei dem sich Muslime und Christen begegnen, gemeinsam essen und miteinander ins Gespräch kommen.

Weiter wurde eine Pauschalisierung festgestellt und beklagt. Zum Beispiel werden fast alle Türken mit Themen, die größtenteils andere islamische Länder betreffen, konfrontiert. Einige türkische Mitglieder an den Tischen haben es überspitzt bedauert, dass in jedem Türken ein islamischer Fundamentalist gesehen wird. "Ich würde niemals auf die Idee kommen, meinen katholischen Kollegen mit der Diskussion innerhalb der katholischen Kirche persönlich zu konfrontieren, aber ich muss unbedingt Stellung zu Bin Laden beziehen", so ein Teilnehmer. Insbesondere in Bezug auf den Islam werden häufig Religion und Politik vermischt. Auch findet selten eine Trennung nach Religion und Tradition statt.

Kann Dialog von außen organisiert werden?

Ja und nein. Das Interesse muss von der Basis kommen und sie müssen den Dialog suchen. Dialog ist mehr als nur Begegnung. Dazu gehören ebenfalls Differenzen anzusprechen, aufzuarbeiten und zu verstehen und Konflikte zuzulassen. Die Dialogpartner müssen sich dem Konflikt stellen. Leider sind viele Dialogtreffen gleichzeitig "Konfliktvermeidungstreffen". Man lobt sich gegenseitig, versucht die kritischen Fragen zu umschiffen und geht wieder auseinander. Das Ergebnis ist nicht zufriedenstellend.

Genau so wurde auch die BundesIslamKonferenz betrachtet. Unreflektierte, teilweise nur gut gemeinte Aussagen wurden kritisch betrachtet. Die Themen müssen offen ausgesprochen und es muss gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.

Die Lokalen Aktionspläne in Baden-Württemberg, Bayern und Saarland bis 2010

Lokale Aktionspläne stärken Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Kommunen

Lokale Aktionspläne sind konkrete, vor Ort ausgearbeitete und umgesetzte Konzepte, die Vielfalt, Toleranz und Demokratie vor allem unter den jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohnern stärken sollen. Hier arbeiten die Kommune und die lokalen Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft - von den Kirchen über Vereine und Verbände bis hin zu engagierten Bürgerinnen, Bürgern und Jugendlichen - eng zusammen. Die Koordination liegt bei der internen Koordinierungsstelle bei der Kommune oder extern bei einem freien Träger. Die Kommune ist über das Ämternetzwerk und den Begleitausschuss, dem darüber hinaus lokale Akteure der Zivilgesellschaft angehören, eingebunden.

Insgesamt werden bis Ende 2010 90 Lokale Aktionspläne gefördert. Im Saarland gibt es zwei LAPs, in Baden-Württemberg drei und in Bayern vier LAPs. Ein begleitendes Coaching unterstützt die Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Lokalen Aktionspläne. Jeder Aktionsplan kann - bis zu drei Jahre - maximal 100.000 Euro pro Jahr an Bundesmitteln erhalten und Einzelprojekte im LAP fördern.

Die LAPs im Saarland:

LAP im Regionalverband

Regionalverband Saarbrücken
Jugendamt
FD 51.5 - Kinder- und Jugendarbeit
Dr. Katja Kruse
Postfach 10 30 55
66030 Saarbrücken
Tel: 0681-5065139
Email: katja.kruse@rvsbr.de
www.vielfalt-im-stadtverband.de

Fördergebiet:

Regionalverband Saarbrücken,
Zusammenschluss von
Gebietskörperschaften
Größe: 411 qkm
Einwohnerzahl: 341.940
Förderzeitraum: 09/2007-12/2010

LAP im Landkreis Merzig-Wadern

Landkreis Merzig-Wadern
Kreisjugendamt
Peter Wilhelm
Bahnhofstraße 44
66663 Merzig
Tel: 06861-80165
Email: p.wilhelm@merzig-wadern.de
www.vielfalt-merzig-wadern.de

Fördergebiet:

Landkreis Merzig-Wadern
Größe: 556 qkm
Einwohnerzahl: 106.000
Förderzeitraum: 09/2007-12/2010

Die LAPs in Baden-Württemberg:

LAP Stadt Böblingen

Stadtverwaltung Böblingen
Dezernat II, Amt für Soziales, Familie und
Senioren
Angelika Baur
Marktplatz 16
71032 Böblingen
Tel: 07031-6692371
Email: baur@boeblingen.de
www.vielfalt-boeblingen.de

Fördergebiet:
Stadt Böblingen
Größe: 39 qkm
Einwohnerzahl: 46.315
Förderzeitraum: 10/2007-12/2010

LAP Stadt Göppingen

Stadtverwaltung Göppingen
Referat Kinder und Jugend
Ulrike Haas
Hauptstr. 1
73033 Göppingen
Tel: 07161-650457
Email: uhaas@goeppingen.de
www.vielfalt-in-goeppingen.de

Fördergebiet:
Stadt Göppingen
Größe: 59 qkm
Einwohnerzahl: 57.336
Förderzeitraum: 10/2007-12/2010

LAP Rems-Murr-Kreis

Kreisjugendring Rems-Murr e. V.
Susanna Steinbach, Frank Baumeister
Marktstr. 48
71522 Backnang
Tel: 07191-9079-0
Email: info@jugendarbeit-rm.de
www.kjr01.de

Fördergebiet:
Rems-Murr-Kreis
Größe: 858,14 qkm
Einwohnerzahl: 417.000
Förderzeitraum: 01/2007-12/2010

LAP Stadt Stuttgart

Jugendamt
Manfred Niewöhner
Wilhelmstraße 3
70182 Stuttgart
Tel: 0711-2167084
Email: manfred.niewoehner@stuttgart.de
www.jula-stuttgart.de

Fördergebiet:
Landeshauptstadt Stuttgart, Stadtteile
Neckarvorstadt, Hallschlag, Altenburg,
Birkenäcker, Pragstraße, Burgholzof
Größe: 4 qkm
Einwohnerzahl: 19.972
Förderzeitraum: 09/2007-12/2010

LAPs in Bayern:

LAP Landkreis Cham

Landratsamt Cham
Sachgebiet 23
Andreas Pregler
Rachelstr. 6
93413 Cham
Tel: 09971-78306
Email: andreas.pregler@lra.landkreis-cham.de
www.vielfalt-lk-cham.de

Fördergebiet:
Landkreis Cham
Größe: 1.510 qkm
Einwohnerzahl: 129.605
Förderzeitraum: 09/2007-12/2010

LAP Landkreis Forchheim

Kreisjugendring Forchheim
Ursula Albuschkat
Löschwöhrdstraße 5
91301 Forchheim
Tel: 09191-7388-11
Email: ursula.albuschkat@kjr-forchheim.de
www.vielfalt.kjr-forchheim.de

Fördergebiet:
Landkreis Forchheim
Größe: 643 qkm
Einwohnerzahl: 113.289
Förderzeitraum: 10/2007-12/2010

LAP Stadt Kaufbeuren

Stadt Kaufbeuren
Koordinierungsstelle
Alfred Riermeier
Kaiser-Max-Straße 1
87600 Kaufbeuren
Tel: 08341-437388
Email: alfred.riermeier@kaufbeuren.de
www.kaufbeuren-aktiv.de

Fördergebiet:
Kaufbeuren
Größe: 40 qkm
Einwohnerzahl: 43.550
Förderzeitraum: 10/2007-12/2010

LAP Stadt Regensburg

Amt für kommunale Jugendarbeit
Annerose Raith
D. Martin-Luther-Straße 3
93047 Regensburg
Tel: 0941-5071550
Email: raith.annerose@regensburg.de
www.schulen-regensburg.de

Fördergebiet:
Gesamtstadt Regensburg
Größe: 81 qkm
Einwohnerzahl: 144.000
Förderzeitraum: 01/2007-12/2010

Weitere Informationen zu den Lokalen Aktionsplänen finden Sie auf
www.vielfalt-tut-gut.de.

Die Modellprojekt in Baden-Württemberg, Bayern und Saarland bis 2010

Modellprojekte setzen Impulse

Modellprojekte entwickeln und erproben neue Ideen und Methoden im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, zur Stärkung unserer demokratischen Werte, Menschenrechte und Partizipation. Es geht um neue Konzepte zum Historischen Lernen, um interkulturelles und interreligiöses Lernen mit Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, um Ansätze für früh ansetzende Prävention mit Kindern und jüngeren Jugendlichen oder um die Erprobung und Entwicklung von Konzepten zur Multiplikatorenfortbildung.

"VIELFALT TUT GUT." fördert von 2007-2010 89 themenbezogene Modellprojekte, die auch überregional angelegt sein können. Voraussetzung für eine maximal dreijährige Förderung durch das Bundesprogramm war eine finanzielle Beteiligung an den Gesamtkosten des Projektes von mindestens 50 Prozent.

Modellprojekt im Saarland:

Jugend und Interkulturalität - Modelle, Methoden, Perspektiven

Adolf-Bender-Zentrum
Dr. Thomas Döring
Gymnasialstr. 5
66606 St. Wendel
Tel: 06851-81802

Email: thomas.doering@adolf-bender.de
www.toleranz-netzwerk-saar.de

Durchführungsort/e: hauptsächlich
Kleinstädte
Bundesland: Saarland
weitere Länder: -
Förderzeitraum: 04/2008 - 12/2010

Themencluster: Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft

Unterthema: Interkulturelles und interreligiöses Lernen

Hauptzielgruppe: Jugendliche in strukturschwachen Regionen und Kommunen



Zeichnung aus einem Comic-Workshop im Adolf-Bender-Zentrum

Modellprojekte in Baden-Württemberg:

Praxiswerkstatt Prävention durch Partizipation

Lichtstube e. V.
Dr. Gebhard Stein
Bozener Str. 21
72379 Hechingen
Tel: 07471-2364
Email: Stein.geb@swol.net

Durchführungsort/e: Hechingen
Bundesland: Baden-Württemberg
weitere Länder: -
Förderzeitraum: 08/2007-07/2010

Themenccluster: Früh ansetzende Prävention

Unterthema: Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen

Hauptzielgruppe: Kinder und jüngere Jugendliche

Courage statt Gewalt

United - Verein für eine Gesellschaft ohne
Rassismus e. V.
Armin Glaser
Rudolfstr. 16
76131 Karlsruhe
Tel: 0721-606542
Email: UNITED-geV@t-online.de

Durchführungsort/e: Karlsruhe, Stuttgart,
Mannheim, Freiburg (Breisgau) und
Umgebung
Bundesland: Baden-Württemberg
weitere Länder: -
Förderzeitraum: 09/2007-09/2010

Themenccluster: Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft

Unterthema: Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft

Hauptzielgruppe: Migrantinnen und Migranten

Ei Ele - Bildung und Teilhabe junger Mütter

Interkulturelles Bildungszentrum gGmbH
Mannheim
Corinna Störzinger
H 2, 2
68159 Mannheim
Tel: 0621-2935305
Email: corinna.stoerzinger@ikubiz.de
www.ikubiz.de

Durchführungsort/e: Mannheim
Neckarstadt-West
Bundesland: Baden-Württemberg
weitere Länder: -
Förderzeitraum: 08/2007-07/2010

Themenccluster: Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft

Unterthema: Interkulturelles und interreligiöses Lernen

Hauptzielgruppe: Migrantinnen und Migranten

Menschenrechte - lokal handeln, überregional vernetzen, international verständigen

Jugendstiftung Baden-Württemberg
Wolfgang Antes
Postfach 1162
74370 Sersheim
Tel: 07042-8317-35
Email: antes@jugendstiftung.de
www.menschenrechte.jugendnetz.de

Durchführungsort/e: Baden-Württemberg
Bundesland: Baden-Württemberg
weitere Länder: -
Förderzeitraum: 01/2007-12/2010

Themenccluster: Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft
Unterthema: Interkulturelles und interreligiöses Lernen
Hauptzielgruppe: Migrantinnen und Migranten

EQIP - Entwicklung von Qualifizierung für Integration und Prävention

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten
Baden-Württemberg e. V. (AGJF)
Lydia Wistorf
Siemensstr. 11
70469 Stuttgart
Tel: 0711-896915-32
Email: l.wistorf@agjf.de
www.eqip.agjf.de

Durchführungsort/e: mehrere
Projektstandorte in Baden-Württemberg
Bundesland: Baden-Württemberg
weitere Länder: -
Förderzeitraum: 09/2007-09/2010

Themenccluster: Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft
Unterthema: Interkulturelles und interreligiöses Lernen
Hauptzielgruppe: Migrantinnen und Migranten

Entwicklung eines interkulturellen und interreligiösen Bildungskonzepts für Migrantenvereine

Forum der Kulturen Stuttgart e. V.
Rolf Graser
Marktplatz 4
70173 Stuttgart
Tel: 0711-24848080
Email: rolf.graser@forum-der-kulturen.de
www.forum-der-kulturen.de

Durchführungsort/e: Stuttgart
Bundesland: Baden-Württemberg
weitere Länder: -
Förderzeitraum: 08/2007-12/2010

Themenccluster: Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft
Unterthema: Interkulturelles und interreligiöses Lernen
Hauptzielgruppe: Migrantinnen und Migranten

Lernort - Gedenkstätte

Förderverein Stuttgarter Jugendhaus e. V.
Beate Müller
Hohe Str. 9
70174 Stuttgart
Tel: 0711-9978598
Email: kontakt@lernort-gedenkstaette.de
www.lernort-gedenkstaette.de

Durchführungsort/e: Stuttgart/ Gedenkstätte
Zeichen der Erinnerung
Bundesland: Baden-Württemberg
weitere Länder: -
Förderzeitraum: 08/2007-12/2010

Themencluster: Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus
Unterthema: Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust
Hauptzielgruppe: Kinder und jüngere Jugendliche

Login | Impressum

lernort gedenkstätte

historisch-politische Bildung
für Kinder und Jugendliche

Startseite

Team

Guides gesucht

Ehemalige
Mitarbeiter/innen

Aktuelle Programmangebote

Führung zur Deportation
der Juden

Projektstage

Studententage

Terminkalender

VVS - Fahrplanauskünfte

Materialien

Links

Kontakt

Archiv 2008

Fachtag Zeitgemäße
Bildungskonzepte...

Archiv 2009

Projektmesse

Archiv 2010

Ausstellung Anne Frank -
eine Geschichte für heute



Führung zur Deportation der Juden aus Stuttgart

Mit der Machtübernahme 1933 leiteten die Nationalsozialisten unzählige Maßnahmen ein, um die deutschen Juden aus dem gesellschaftlichen Leben zu verdrängen. Endpunkt dieser Politik waren die Massendeportationen in die Vernichtungslager, die seit 1941 in vielen deutschen Städten unter den Augen der Öffentlichkeit durchgeführt wurden.

© - lernort gedenkstätte

In Stuttgart sind zwei Orte eng mit diesen Zwangsmaßnahmen verbunden. Bei größeren Deportationen wurden zunächst die Menschen in Hallen der ehemaligen Reichsgartenschau gesammelt und dann vom Inneren Nordbahnhof mit der Bahn abtransportiert.

Um Jugendlichen eine Auseinandersetzung mit diesen Ereignissen zu ermöglichen, bieten wir eine Führung an, bei der an ausgewählten Stationen folgende Themen behandelt werden:

- gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen der Verfolgungspolitik
- Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung
- Einzelschicksale
- Reaktionen der Mehrheitsbevölkerung
- Erinnern, Gedenken und Aufarbeitung

Darüber hinaus bieten wir den Jugendlichen Raum für Gespräche und Diskussionen, die zum Nachdenken über Menschenrechte und demokratische Werte und Haltungen anregen.



© - Michael Schoberth



© - Michael Schoberth



© - Michael Schoberth



© - Michael Schoberth

Modellprojekte in Bayern

Dachau - Gedenkstättenpädagogik und Gegenwartsbezug

Stiftung Jugendgästehaus Dachau
Barbara Thimm
Rosswachtstrasse 15
85221 Dachau
Tel: 08131-617713
Email: thimm@jgh-dachau.de
www.jgh-dachau.de

Durchführungsort/e: Dachau und an den
Orten der Kooperationspartner
Bundesland: Bayern
weitere Länder: Hessen, Thüringen,
Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-
Württemberg, Hamburg, Polen, Österreich
Förderzeitraum: 10/2007-09/2010

Themenccluster: Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus

Unterthema: Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust

Hauptzielgruppe: Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Change. Das Bildungsprogramm für ideologisch gefährdete Jungen und junge Männer

Power for Peace (PfP) e. V.
Ellen M. Zitzmann
Postfach 201643
80016 München
Tel: 08158-993872
Email: info@powerforpeace.de
www.powerforpeace.de
blog.powerforpeace.de

Durchführungsort/e: München, Laufen-
Lebenau, Ebrach, Neuburg a. d. D., Bernau
a. Chiemsee
Bundesland: Bayern
weitere Länder: Programmangebote für die
Bundesländer Baden-Württemberg, NRW
und Hamburg
Förderzeitraum: 04/2008 - 12/2010

Themenccluster: Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen

Unterthema: Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen

Hauptzielgruppe: Männliche Jugendliche aus "bildungsfernen" Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit

Fit für Vielfalt - interkulturelle und interreligiöse Bildung und Begegnung

VIA Bayern - Verband für interkulturelle
Arbeit e. V.
Katrin Kuhla
Landwehrstr. 35
80336 München
Tel: 089-419027-28
Email: info@via-bayern.de
www.via-bayern.de

Durchführungsort/e: München, Augsburg,
Josefstal, Chemnitz u. a.
Bundesland: Bayern
weitere Länder: Sachsen
Förderzeitraum: 09/2007-12/2010

Themenccluster: Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft

Unterthema: Interkulturelles und interreligiöses Lernen

Hauptzielgruppe: Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Wenn Mokkatassen sprechen - Mediale Konzepte gegen Antisemitismus

IMEDANA
Institut für Medien- und Projektarbeit e. V.
Arbeitsgruppe Forum FrauenGeschichte
Michaela Baetz
Kopernikusplatz 12
90459 Nürnberg
Tel: 0911-534646
Email: info@imedana.de
www.mokkatasse-gegen-antisemitismus.de

Durchführungsort/e: Mittelfranken,
Nürnberg, Erlangen, Fürth, Ansbach
Bundesland: Bayern
weitere Länder: -
Förderzeitraum: 09/2007-08/2010

Themenccluster: Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus
Unterthema: Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust
Hauptzielgruppe: Junge Menschen in strukturschwachen Regionen und Kommunen



Weitere Informationen zu den Modellprojekten des Bundesprogramms finden Sie auf www.vielfalt-tut-gut.de.

Die landesweiten Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus in Baden-Württemberg, Bayern und im Saarland

Über das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ sind in den Bundesländern Beratungsnetzwerke aufgebaut worden, die vor Ort in Konfliktsituationen mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund Beratung und Unterstützung anbieten. Hierfür wurden Landeskoordinierungsstellen eingerichtet, die Informationen über die im Land vorhandenen Einrichtungen, Fachkräfte und ihre Kompetenzen bündeln, Fortbildungsangebote organisieren und vor allem Kontakte zu den Mobilien Interventionsteams der kommunalen Beraterinnen und Beratern vermitteln.

Das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ ergänzt das präventiv-pädagogisch ausgerichtete Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ .

Landeskoordinierungsstelle im Saarland:

Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport
Stabsstelle „Chancen für Kinder“, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
Franz-Josef-Röder-Str. 23
66119 Saarbrücken
www.toleranz-netzwerk-saar.de

Landeskoordinierungsstelle in Baden-Württemberg:

Jugendstiftung Baden-Württemberg
Postfach 11 62
74370 Sersheim

Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO)
Siemensstr. 11
70469 Stuttgart

www.kompetentvorort.de

Landeskoordinierungsstelle in Bayern:

Bayerischer Jugendring K.d.ö.R.
Herzog-Heinrich-Straße 7
80336 München
<https://www.lks-bayern.de>



Weitere Informationen zu den Beratungsnetzwerken in den einzelnen Bundesländern finden Sie auf www.kompetent-fuer-demokratie.de.